

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers

Vorschau auf den Europäischen Rat in Wien am 11./12. Dezember 1998 und Ausblick auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999

Der Bundestag wolle beschließen:

Kulturgut Buch und europäischer Wettbewerb

1. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Haltung zur Aufrechterhaltung gebundener Ladenpreise für Bücher als Voraussetzung einer lebendigen und vielseitigen Literaturlandschaft in Deutschland in einem stabilen und differenzierten System unabhängiger Verlage und Buchhandlungen. Bücher sind nicht nur Wirtschaftsgüter, sondern auch zu einem großen Anteil unverzichtbare Kulturgüter, deren Produktion und Vertrieb nicht allein unter Rentabilitäts Gesichtspunkten der allgemeinen Wettbewerbsordnung erfolgen dürfen.
2. Der Deutsche Bundestag würdigt die erfolgreichen Bemühungen der früheren Bundesregierung, das in Deutschland bewährte System der Buchpreisbindung auch im Kontext des europäischen Wettbewerbs zu vertreten und aufrechtzuerhalten. Dabei ist die durch die Initiative der Bundesregierung in Artikel 128 der Vertragstexte von Maastricht verankerte Verpflichtung der Gemeinschaft „zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitige Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ von besonderer Bedeutung.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft die von Schriftstellern und Verlagen zu Recht geltend gemachte kulturpolitische Bedeutung der Buchpreisbindung für anspruchsvolle Literatur gegenüber der Europäischen Kommission und ihrer Absicht zur Untersagung der grenzüberschreitenden Buchpreisbindung durchzusetzen.
4. Der Deutsche Bundestag sieht in den Absichtserklärungen der Bundesregierung, im Rahmen einer Steuerreform ein generelles Verbot der Teilwertabschreibung einzuführen, eine ähnlich gravierende Gefährdung der Vielgestaltigkeit des deutschen Verlagswesens und der wirtschaftlichen

Existenzbedingungen vieler Autorinnen und Autoren. Der Deutsche Bundestag erwartet eine Korrektur der Reformabsichten, die die akuten Risiken der geplanten Regelung für den Verlagsbuchhandel durch konsequente Ausdünnung des Angebots anspruchsvoller, nicht schnell verkäuflicher Bücher und insbesondere der langfristigen Lieferbarkeit entsprechender Buchtitel vermeidet.

Bonn, den 8. Dezember 1998

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion